

Redaktioneller Teil.

(Nr. 88.)

Provinzialverein der Schlesiſchen Buchhändler E. V.

Bekanntmachung.

Unsere ordentliche Hauptversammlung vom 29. Mai 1924 hat, nachdem der Vorstand seine Bekanntmachung im Vbl. vom 16. Mai 1924 zurückgezogen hatte, beschlossen, was folgt:

Der Spesenauſschlag im Vereinsgebiet beträgt für alle Gegenstände des Buchhandels 5 vom Hundert mit folgenden Ausnahmen:

1. bei Büchern bis zu einem Ladenpreis von 3 Dollarmark einschließlich und von einem Ladenpreis von 30 Dollarmark einschließlich an;
2. der Aufschlag auf Schulbücher und Zeitschriften bleibt örtlicher Vereinbarung überlassen;
3. die Lieferungen an die Staats- und Universitäts-Bibliothek, an die Bucherei der Technischen Hochschule und an die Stadtbibliothek in Breslau erfolgen ohne Aufschlag;
4. Abmachungen mit den Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft wissenschaftlicher Verleger bleiben unberührt.

Dieser Beschluß tritt mit dem Tage der Veröffentlichung im Börsenblatt in Kraft.

Der Vorstand.

Ausner, Althaus, Kauffmann, Barasch, Gängel, Kasten,
Knorrn, Kropff, Wellmann.

Schweizerischer Buchhändlerverein.

Die Generalversammlung vom 1. Juni 1924 hat den Vorstand für das Vereinsjahr 1924/25 wie folgt bestellt:

Präsident: Herr Otto Wike, Luzern;
Vizepräsident: Herr Hans Sichtenhahn, Basel;
Kassierer: Herr Rudolf Schürch, Zürich;
Schriftführer: Herr Mag. Rascher, Zürich;
Beisitzer: Herr E. E. Lang, Bern;
Sekretär: Herr Dr. R. v. Stürler, Rechtsanwalt, Bern.

Der Vorstand.

Das Sachverständigen-Gutachten.

Von Dr. Gerhard Menz.

Anstelle des üblichen Monatsberichts zur Wirtschaftslage soll diesmal das Gutachten des Dawes-Ausschusses einer kurzen Besprechung unterzogen werden. Zur augenblicklichen wirtschaftlichen Lage des Buchhandels selbst und seinen nächsten Aufgaben hat der Aufsatz von Herrn Direktor Dr. Kilpper (Vbl. 130) Stellung genommen. Dem ist nichts hinzuzufügen. Auch kann auf den Monatsbericht: »Maibilanz« in den Kleinen Mitteilungen der Nr. 128 des Vbl. hingewiesen werden. Wenn darüber hinaus die allgemeine Wirtschaftslage charakterisiert werden soll, kann es gar nicht anders als unter hervorragender Berücksichtigung des Dawes-Gutachtens geschehen. Es steht nicht nur im Mittelpunkt der Erörterung; von den darin niedergelegten Gedanken und von ihrer Annahme oder Ablehnung oder vielleicht auch ihrer weiteren Aus- und Umgestaltung hängt in der Tat unser Wirtschaftsschicksal nicht allein im Augenblick, sondern für die ganze nächste Generation ab. Grund genug, sich sehr eingehend damit zu beschäftigen. Auch für den Buchhandel im besonderen sind dabei mancherlei Schlüsse zu ziehen und Erwägungen anzustellen. Denn den Auswirkungen der Sachverständigen-Pläne kann sich ja kein Teil der Wirtschaft entziehen, jeder aber wird davon zugleich in ganz besonderer Form getroffen.

I.

Um überhaupt den richtigen Standpunkt zu dem Gutachten zu gewinnen, muß man es in den politisch-diplomatischen Zusammenhang der Lage stellen. Außerlich gibt es sich wohl als rein wirtschaftlich orientierter Bericht. Die Sachverständigen haben sogar ausdrücklich abgelehnt, zu den rein politischen und namentlich den militärischen Fragen irgendwie Stellung zu nehmen. Schon das aber ist eben in Wahrheit Politik, und im ganzen genommen kann gar kein Zweifel daran bestehen, daß der Bericht, seine Anregung, Erstattung, Ausnutzung in erster Linie Dinge von hervorragendster politischer Bedeutung sind.

Den Angelpunkt zum rechten Verständnis findet man am ehesten, wenn man auf die Lage zurückgeht, die sich in der Reparationskommission des Versailler Vertrags entwickelt hat. Diese Reparationskommission ist in erster Linie berufen, das Reparationsproblem zu lösen, und auch heute noch formell allein dafür zuständig. Dadurch aber, daß sich die Amerikaner seinerzeit aus ihr zurückgezogen haben, ist sie völlig arbeitsunfähig geworden. Ihre 4 Mitglieder stehen sich so gegenüber, daß der Belgier immer mit dem Franzosen geht und daß der Engländer besten Falls auf den Italiener zählen kann. Den Vorsitz führt der Franzose; seine Stimme gibt den Ausschlag. Damit ist die Reparationskommission einfach ein Instrument der französischen Politik geworden. Eine unhaltbare Lage, aus der heraus zu kommen aber bisher jedes Mittel versagt hatte. Unmittelbare Einwirkung auf die französische Politik erwies sich als unmöglich oder zum mindesten unfruchtbar, weil Paris es auch dabei in der Hand behielt, die Auseinandersetzungen auf das ihm allein zuzugewandte Gebiet zu schieben und seine Sonderinteressen zu verfolgen. Militärischer Druck kam nicht in Frage. Der wirtschaftliche Druck aber ist nur bedingt wirksam, im ganzen jedoch eine stumpfe Waffe. Die Zerrüttung auch noch des Franken könnte das Pfund nicht unberührt lassen und müßte das wirtschaftliche Chaos Europas und die Vernichtung der Weltwirtschaft vergrößern. Ob damit zugleich wirklich die nötige deutsch-französische Verständigung erleichtert würde, kann mindestens zweifelhaft erscheinen. Eine Wendung zum Besseren kann tatsächlich nur die Wiederinteressierung Amerikas bringen. Dafür aber war der direkte Weg verbaut. Nur auf Umwegen schien es möglich. Das endlich gefundene Mittel ist nun das Sachverständigen-Gutachten. Amerika betrachtet es so sehr als eigene Angelegenheit, daß seine Mitverantwortung und Mitarbeit an der Lösung des Reparationsproblems nunmehr gesichert ist. Die englische Diplomatie hat ihr zäh verfolgtes Ziel erreicht.

Wie geschickt gearbeitet worden ist, zeigt sich am besten in dem Punkt, der international von der gesamten Kritik als die Hauptschwäche des Berichts bezeichnet wird. Vom reinen Wirtschaftsstandpunkt ist es in der Tat ein Mangel, daß eine Endsumme für die deutsche Schuld nicht genannt wurde. Politisch-diplomatisch sieht sich diese Frage aber etwas anders an. Sie hat bisher in den Auseinandersetzungen im Mittelpunkt gestanden und sie völlig beherrscht, sich zugleich aber als unlösbar erwiesen. Frankreich beziffert seine Ansprüche einerseits auf 26 Milliarden; andererseits hat es sich in Spa 52% der deutschen Gesamtleistung gesichert. Mit diesen beiden Zahlen muß nun vorläufig jede Rechnung auskommen suchen. Damit berquidet sich ferner die Frage der interalliierten Schulden, die im Augenblick für Amerika aus mehr als einem Grund Tabu ist, namentlich aber im Hinblick auf seine Abrüstungspläne. Hätten die Sachverständigen eine Endsumme festzusetzen unternommen, so hätte Frankreich sofort wieder Gelegenheit gehabt, den unfruchtbaren Streit über die Verteilung zu erneuern, das Problem des Schuldenausgleichs anzuschneiden und so die Entscheidung auf die lange Bank zu schieben, statt einfach annehmen oder ablehnen zu müssen. Der scheinbare Mangel des Gutachtens ist also in Wahrheit seine größte Stärke.

Schon Poincaré hat im übrigen gefühlt, daß der angelsächsische Schachzug gelungen war. Direkter Widerstand Frankreichs gegen das Gutachten kommt in der Tat nicht in Frage. Poincaré